

Schleswig-Holsteinischer Landtag

**Europaausschuss
Die Vorsitzende**

Schleswig-Holsteinischer Landtag ▪ Postfach 7121 ▪ D-24171 Kiel

An die
Mitglieder des Europaausschusses

im Hause

**Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:**

**Mein Zeichen: L 214
Meine Nachricht vom:**

Bearbeiter: Thomas Wagner

**Telefon (0049/431) 988-1142
Telefax (0049/431) 988-1156
Europaausschuss
Europaausschuss@landtag.ltsh.de**

8. Mai 2005

Sitzung des Europaausschusses am 17. Mai 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur Vorbereitung auf Tagesordnungspunkt 1 „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“ der kommenden Sitzung des Europaausschusses am 17. Mai 2006 in der Akademie Sankelmark übersende ich Ihnen anliegend zwei Unterlagen der Europäischen Kommission (KOM (2005) 494 und KOM (2006) 35).

Für Rückfragen stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß
Im Auftrag

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/796**

gez. Dörte Schönfelder
(Ausschussgeschäftsführerin)

Anlagen



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 13.10.2005
KOM(2005) 494 endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT, DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS
UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

**Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach:
Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion**

1. EINLEITUNG

Am Ende der Tagung des Europäischen Rates gaben die Staats- und Regierungschefs am 18. Juni 2005 eine Erklärung zur *"Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa"* ab. Hierin wurde nach dem negativen Ausgang der Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden eine *"Zeit der Reflexion"* gefordert.

Die Staats- und Regierungschefs machten den Mitgliedstaaten Vorschläge für die Art der Diskussion, die stattfinden könnte: *"Diese Zeit der Reflexion wird in jedem unserer Länder für eine ausführliche Diskussion genutzt werden, an der die Bürger, die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die nationalen Parlamente und die politischen Parteien teilnehmen werden"*. Es wurde ebenfalls hervorgehoben, dass die Organe der Europäischen Union *"ihren Beitrag leisten müssen, wobei der Kommission eine besondere Rolle zukommt"*. Mit dieser Mitteilung soll dem Wunsch der Staats- und Regierungschefs entsprochen werden.

Die Europäische Kommission hat die Ratifizierung der Verfassung tatkräftig unterstützt und allen Mitgliedstaaten bei ihren Informationskampagnen zur Seite gestanden. Einzelne Kommissionsmitglieder haben sich aktiv an der Diskussion in den verschiedenen Mitgliedstaaten beteiligt. Die Kommission ist weiterhin der Auffassung, dass die Verfassung ein wichtiger Schritt wäre, um die Europäische Union in der Außenwahrnehmung demokratischer, transparenter, handlungsfähiger und stärker zu machen. Die Kommission bedauert daher, dass es unter den gegenwärtigen Umständen unwahrscheinlich ist, dass die Verfassung in absehbarer Zukunft ratifiziert wird. Solange der Ratifizierungsprozess nicht abgeschlossen ist, sollte ihrer Ansicht nach die in der Verfassung erzielte generelle Ausgewogenheit nicht durch die stückweise Umsetzung einzelner Teile des Textes gefährdet werden. Die Zeit der Reflexion sollte vielmehr zunächst zu einer umfassenden und intensiven Diskussion über europäische Themen genutzt werden. Jede Vision zur Zukunft Europas muss sich auf eine klare Bestandsaufnahme der Bedürfnisse und Erwartungen der Bürger stützen. Dies ist der Zweck, den wir mit Plan D verfolgen.

2. ZIELE VON PLAN D

Die Kommission hat einen *Plan D* für Demokratie, Dialog und Diskussion vorgeschlagen, nicht als Rettungsmaßnahme für die Verfassung, sondern um eine umfassendere Diskussion zwischen den demokratischen Organen der Europäischen Union und ihren Bürgern anzuregen. Diese Debatte ist als Ergänzung zu den bereits bestehenden oder vorgeschlagenen Initiativen und Programmen, beispielsweise in den Bereichen Bildung, Jugend, Kultur und Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft, zu sehen.

Plan D fügt sich ein in den Aktionsplan für Kommunikation über Europa¹, mit dessen Hilfe die Art und Weise, in der die Kommission der Außenwelt ihre Tätigkeit

¹ Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa SEK(2005)985 - 20/07/2005

darstellt, verbessert werden soll, sowie in das angekündigte Weißbuch zur Kommunikationsstrategie und Demokratie, mit dem ein Konsultationsprozess über die Grundsätze der Kommunikationspolitik in der Europäischen Union und die Bereiche der Zusammenarbeit mit anderen Organen und Institutionen der Europäischen Union in Gang gesetzt werden soll. Gemeinsam mit *Plan D* bilden diese Initiativen einen langfristigen Plan zur Wiederbelebung der europäischen Demokratie und tragen zum Entstehen einer europäischen Öffentlichkeit bei, die dem Bürger die Informationen und die Instrumente an die Hand gibt, um aktiv am Entscheidungsfindungsverfahren teilzunehmen und Teilhaber des europäischen Einigungswerks zu werden.

Wiederherstellung des Vertrauens der Öffentlichkeit in die Europäische Union

Angesichts des schwindenden Vertrauens in die politischen Systeme ist die Kommission der Auffassung, dass die repräsentative Demokratie weiterhin das Vertrauen und die Beteiligung der europäischen Bürger gewährleisten muss. Die letzte Eurobarometer-Umfrage² zeigt, dass die öffentliche Zustimmung zur Europäischen Union in den letzten Monaten ständig abgenommen hat. Alle Indikatoren im Zusammenhang mit Vertrauen, Image oder Beurteilung der EU-Mitgliedschaft verzeichnen eine Abnahme. Eine ähnliche Abnahme ist bei der öffentlichen Zustimmung und dem Vertrauen in den nationalen politischen Prozess zu beobachten. Obwohl die Mitgliedschaft in der EU nach wie vor von 54 % der EU-Bürger befürwortet wird, ist das Ansehen der Europäischen Union bei den Bürgern ständig gesunken. Nur noch 47 % der Befragten stehen der EU positiv gegenüber. Das Vertrauen zur Europäischen Union ist von 50 % im Herbst 2004 auf 44 % im Frühjahr 2005 gesunken.

Die Bürger müssen erkennen, dass Europa einen Zusatznutzen bietet, und sie die Möglichkeit haben, Entscheidungen zu beeinflussen. Gegenwärtig glauben 53 % der Bürger nicht, dass ihre Stimme in der Europäischen Union zählt². Auf die Frage, welche Rolle die Europäische Union in fünf Jahren spielen sollte, wünschen sich 49 % eine bedeutendere Rolle, und nur 14 % ein geringeres Engagement in wichtigen Politikbereichen. Dies verlangt ein Europa, das stärker den Erwartungen der Bürger entspricht.

Dies ist umso entscheidender, als die Europäischen Organe nur allzu häufig als Sündenbock für unpopuläre Entscheidungen sowie als bürgerfern und bürokratisch angesehen werden. Eines der wichtigsten Ziele in der Zeit der Reflexion ist das Ingangsetzen einer präziseren Kommunikation über die Tätigkeit der Europäischen Union. Sowohl die Mitgliedstaaten als auch die Organe der Europäischen Union müssen aufhören, sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben.

Zielgruppen und moderne Medien

Nach Auffassung der Kommission darf sich die Diskussion nicht nur auf die politischen Führer und die üblichen Beteiligten beschränken. Die Kommission teilt die Ansicht der Staats- und Regierungschefs, wonach an diesen Diskussionen *„die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die nationalen Parlamente und die politischen*

² http://europa.eu.int/comm/public_opinion/archives/eb/eb63/eb63_en.htm

Parteien“ beteiligt werden müssen, glaubt jedoch auch, dass es von zusätzlichem Nutzen wäre, auf die einzelnen Zielgruppen einzugehen, die während der Informationskampagnen im Rahmen der Referenden nicht erreicht werden konnten. Hierzu gehören junge Menschen und Minderheiten. Schließlich können die Diskussionen nur zum Erfolg führen, wenn die Massenmedien, insbesondere das Fernsehen, an dem Prozess beteiligt werden. Auch das Internet ist besonders wichtig, um die Diskussion anzustoßen.

Eine langfristige Verpflichtung

Plan D ist nicht auf die Zeit der Reflexion begrenzt, sondern muss für diese Kommission auf Dauer gelten. Die gegenwärtige Krise kann nur überwunden werden, wenn im Hinblick auf das europäische Einigungswerk ein neuer Konsens erreicht wird, der sich auf die Erwartungen der Bürger stützt.

Aktives Zuhören für mehr Engagement

Letztendlich geht es bei *Plan D* für Demokratie, Dialog und Diskussion darum, den Bürgern zuzuhören, damit die Europäische Union ihre Belange wahrnehmen kann. Ziel der Kommission ist es, diese Diskussion anzustoßen und Anerkennung für den Zusatznutzen zu erhalten, den die Europäische Union bietet. Dieser demokratische Erneuerungsprozess bedeutet, dass die EU-Bürger das Recht haben müssen, dass ihre Belange wahrgenommen werden.

3. UNTERSTÜTZUNG DER DISKUSSIONEN IN DEN MITGLIEDSTAATEN

3.1. Veranstaltung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten

Es ist Hauptaufgabe der Mitgliedstaaten, auf den Aufruf zu einer Zeit der Reflexion zu reagieren. Alle haben sich verpflichtet, eine umfassende nationale Debatte über die Zukunft Europas zu führen.

Der Kommission ist bekannt, dass in einigen Mitgliedstaaten bereits lebhafte Diskussionen begonnen haben. In anderen Mitgliedstaaten muss die Debatte erst noch angestoßen, intensiviert oder ausgeweitet werden. Die Kommission ist bereit, Impulse zu setzen, indem sie ein gemeinsames Vorgehen vorschlägt und ihre Ideen, wie sie als EU-Organ zu dieser Debatte beitragen kann, vorstellt.

Die Kommission ist der Auffassung, dass ihre Rolle darin besteht, die Mitgliedstaaten bei der Veranstaltung von Diskussionen auf nationaler Ebene zu unterstützen, und nicht, ihre Aufgabe zu übernehmen. Die Kommission unterstützt die Regierungen der Mitgliedstaaten bei der Organisation und Finanzierung von Veranstaltungen zur Förderung der Diskussion. Bei diesen Veranstaltungen sollte das ganze politische Meinungsspektrum abgedeckt werden. Unterstützt werden die Maßnahmen während der Zeit der Reflexion von den Vertretungen der Europäischen Kommission in den Mitgliedstaaten (Vertretungen) und den Informationsbüros des Europäischen Parlaments. Das Europäische Parlament könnte ebenfalls eine wichtige Rolle bei den Diskussionen in den Mitgliedstaaten spielen, sowohl in der Zusammenarbeit mit den nationalen Organen als auch durch eine Beteiligung einzelner Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Es gibt kein einheitliches Modell für die Veranstaltung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten. In einigen Mitgliedstaaten gibt es ständige Einrichtungen, Foren oder Plattformen, bei denen regelmäßig Diskussionen über Europafragen stattfinden. In anderen gibt es ein weniger gut organisiertes System des Dialogs und der Diskussion. Das Nationale Forum in Irland oder die Plattform für Europa in Spanien können anderen Mitgliedstaaten als Vorbild dienen.

Die nationalen, regionalen und kommunalen Parlamente spielen eine besondere Rolle bei der Organisation und Förderung der Diskussionen. Die nationalen Parlamente gewährleisten eine wirksame Kontrolle der Beschlüsse, die die Regierungen der Mitgliedstaaten zu europäischen Fragen fassen. Zahlreiche Parlamente der Mitgliedstaaten sind Beispiele für bewährte Verfahren, allerdings muss noch viel getan werden, um ihre Kontrollfunktion zu verbessern. Die Kommission möchte daher bei ihrer Zusammenarbeit mit den Parlamenten der Mitgliedstaaten über die Ziele der Beziehungen der Kommission zu den nationalen Parlamenten, mit deren Umsetzung sie Anfang 2005 begonnen hat, hinausgehen. Diese Ziele beinhalten drei Schwerpunkte – Zusammenarbeit, konkrete Vernetzung, Einbeziehung der Menschen und der Volksvertreter: mehr Gewicht für die Parlamente bedeutet mehr Gewicht für den europäischen Bürger – und beinhaltet eine Reihe konkreter Maßnahmen wie beispielsweise eine hochrangige Beteiligung an der Konferenz der Europa-Ausschüsse der nationalen Parlamente (COSAC) und an der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU sowie die Feststellung des Bedarfs der Parlamente der Mitgliedstaaten an Informationen und Kooperationsmöglichkeiten, wobei der elektronische Austausch von EU-Informationen zwischen den nationalen Parlamenten erleichtert wird.

Die Kommission wird sobald wie möglich in enger Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und nach Konsultation des amtierenden Vorsitzes der Konferenz der Parlamentspräsidenten der EU und der Vorsitzenden Troika der COSAC die Parlamente der Mitgliedstaaten zu einem nationalen Forum in Brüssel einladen, um den Beitrag der nationalen Parlamente während der Zeit der Reflexion zu erörtern, Erfahrungen und bewährte Verfahren in den einzelnen Mitgliedstaaten auszutauschen und mögliche Formen der Zusammenarbeit und gemeinsame Maßnahmen, gegebenenfalls mit Unterstützung durch die Organe der Europäischen Union, zu prüfen.

3.2. Inhalt

Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion ist ein strukturierter Prozess, um eine öffentliche Debatte über die Zukunft der Europäischen Union anzuregen. Der politische Inhalt dieser Debatte sollte am Ende der Zeit der Reflexion zu einem Konzept führen.

Innerhalb des von ihr gesetzten einheitlichen Rahmens akzeptiert die Kommission in vollem Umfang die eigenen lokalen, regionalen und nationalen Merkmale jeder Debatte. Verschiedene Themen werden im Mittelpunkt stehen und die Bedeutung der Europäischen Union wird sich je nach Land und politischem Inhalt unterschiedlich darstellen.

Trotz der nationalen Besonderheiten sollten die nationalen Debatten die Aufmerksamkeit der Bürger auf die Zukunft Europas lenken, ihre Erwartungen

überprüfen und den Zusatznutzen und die konkreten Vorteile von Gemeinschaftsmaßnahmen zeigen. Hierdurch soll über institutionelle Fragen und die Verfassung hinausgegangen werden. Der Schwerpunkt sollte darauf liegen, wie Europa mit Fragen wie Arbeitsplätzen, Wirtschaft, Verkehr, Terrorismusbekämpfung, Umweltschutz, Erdölpreisen, Naturkatastrophen oder der Bekämpfung der Armut in Afrika und der übrigen Welt umgeht. Mit Hilfe der Ergebnisse dieser Diskussionen können die EU-Organe, insbesondere die Kommission, ihre Prioritäten besser festlegen.

Der Prozess sollte in beide Richtungen verlaufen: Den Menschen sollte anhand konkreter Erfolge und Projekte die Rolle Europas näher gebracht werden, während wir ein offenes Ohr für die Erwartungen der Bürger im Hinblick auf das künftige Vorgehen haben müssen. Folgende Themen könnten im Mittelpunkt der Debatten stehen:

- **Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Europas:** die Fähigkeit Europas, Wachstum und mehr Arbeitsplätze zu schaffen, wobei die Wirkung der in Lissabon vereinbarten Strategie maximiert wird; die gemeinsamen Werte, auf denen das Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in Europa basiert; die notwendigen Reformen, um dem globalen Wettbewerb standzuhalten, und die Bedingungen für eine nachhaltige Entwicklung.
- **Die Wahrnehmung Europas und seiner Aufgaben:** Aufbauend auf bisher Erreichtem und den konkreten Vorteilen, die die Union im täglichen Leben der Bürger bietet (z.B. Nahrungsmittelsicherheit, Erasmus, einheitliche Währung, Verbraucherschutz, Binnenmarkt), könnte sich die Diskussion darauf konzentrieren, was nach Meinung der Bürger auf kommunaler Ebene behandelt werden sollte, und was ihrer Meinung nach in den Aufgabenbereich der Union fällt. Hierzu zählt auch die Schaffung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts oder der Umgang mit dem Klimawandel und Naturkatastrophen.
- **Die Grenzen Europas und Europas Rolle in der Welt:** die Perspektive neuer Erweiterungen, die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, die Sicherheit des gesamten Kontinents, die Beziehungen zu ihren Nachbarn oder Europas Einfluss im Verhältnis zu den anderen großen Blöcken in der Welt. Was erwarten die Menschen von Europa in einer globalisierten Welt in den Bereichen Handel (z.B. Textilien) Umweltschutz (z.B. Klimaveränderung), Mobilität (z.B. Transeuropäische Netze), Sicherheit (z.B. Beteiligung an friedenssichernden Maßnahmen) und Entwicklung (z.B. Entwicklungshilfe, Schuldenerlass für die Dritte Welt)?

Selbstverständlich ist der Themenkatalog im Rahmen von *Plan D* in keiner Weise beschränkt. Vielmehr sollten je nach Zielgruppe und Umständen die interessantesten und aktuellsten Themen ausgewählt und diskutiert werden. Die Kommission ist bereit, diese Themengebiete auf Anfrage der Mitgliedstaaten zu erarbeiten.

3.3. Feedback

Die Diskussionen in den Mitgliedstaaten müssen strukturiert sein, damit das Feedback unmittelbare Auswirkungen auf die politische Agenda der Europäischen Union hat. Die aktive Beschäftigung mit den Anliegen des Bürgers muss zu

konkreten Ergebnissen führen, die am Ende der Zeit der Reflexion berücksichtigt werden. Jeder Mitgliedstaat sollte der Kommission und dem Ratsvorsitz eine Synthese der vorläufigen Ergebnisse der nationalen Diskussion vorlegen. Diese Synthese sollte veröffentlicht werden.

Ein erstes Feedback könnte im April 2006 erfolgen, damit eine erste Reihe von Schlussfolgerungen gezogen werden kann. Als ersten Schritt veranstaltet die Kommission am 9. Mai 2006, dem "Europatag", eine europäische Konferenz zur Zukunft Europas, zu der Vertreter der Bürgergesellschaft, der Mitgliedstaaten, des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente, der Bürgerschaft und anderer EU-Organe und -Institutionen eingeladen sind. Bei dieser Gelegenheit soll in Bezug auf die Diskussionen auf nationaler Ebene und die Tätigkeiten, die sich aus den grenzübergreifenden Diskussionen ergeben, Bilanz gezogen werden. Im Mai 2006 wird auch die Kommission ein Dokument mit einer allgemeinen Synthese der Besuche vor Ort und nationalen Debatten in der Union erstellen.

Hierauf kann sich der österreichische Ratsvorsitz bei der Erstellung der Gesamtbilanz stützen, die, wie in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs gefordert, beim Europäischen Rat im Juni 2006 gezogen werden soll.

4. INITIATIVEN AUF GEMEINSCHAFTSEBENE

Die Europäische Kommission ist bereit, eine tragende Rolle in der umfassenden Debatte über die Zukunft Europas zu spielen. Auch wenn sie nicht im Mittelpunkt der Diskussionen steht, muss sie ihren Beitrag dazu leisten, indem sie für die Förderung und Unterstützung grenzüberschreitender Initiativen sorgt. Eine Reihe öffentlichkeitswirksamer, grenzübergreifender Veranstaltungen kann ebenfalls dazu beitragen, die Sichtbarkeit des Prozesses zu erhöhen und die Beteiligung neuer Akteure am europäischen Beschlussfassungsverfahren anzuregen.

Partnerschaft innerhalb der Organe und Institutionen der EU

Die Kommission wird bei der Anregung der Debatte auf europäischer Ebene mit dem jetzigen und künftigen Ratsvorsitz, dem Europäischen Parlament, dem Rat, dem Ausschuss der Regionen und dem Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss zusammenarbeiten. Der Großteil dieser Initiativen kann gemeinsam mit dem Europäischen Parlament und den anderen Organen und Institutionen der EU durchgeführt werden. Die Kommission lädt alle Organe und Einrichtungen der EU ein, ihren Beitrag zu leisten und Bereiche der Zusammenarbeit und gemeinsamer Maßnahmen zu erörtern.

Die Kommission will mit dieser Initiative die EU-Bürger dazu anregen, sich politisch aktiv an der Debatte über die Zukunft Europas zu beteiligen, den Zusatznutzen, den die Europäische Union bietet, deutlich machen sowie Regierungen, politische Parteien und Multiplikatoren ermutigen, die breite Öffentlichkeit für die europäische Frage zu sensibilisieren.

Folgende Initiativen sollten während der Zeit der Reflexion auf Gemeinschaftsebene ergriffen werden:

4.1. Anregung einer umfassenderen öffentlichen Diskussion

4.1.1. Besuche von Kommissionsmitgliedern in den Mitgliedstaaten

Die Kommission strebt einen direkten Kontakt mit den Bürgern an, möchte sich mit ihren Belangen befassen sowie sichtbarer und präsenter in den nationalen und regionalen Diskussionen werden.

Der Präsident und/oder die Vizepräsidentin für internationale Beziehungen planen speziell in den kommenden Monaten eine Reihe von Besuchen in möglichst vielen Mitgliedstaaten. Hierbei werden sie von dem Kommissionsmitglied aus dem jeweiligen Mitgliedstaat und gegebenenfalls von anderen Kommissionsmitgliedern begleitet. Die Kommission empfiehlt, dass sich Mitglieder des Europäischen Parlaments hieran ebenfalls beteiligen. Sie sollten zusammentreffen mit Regierungen, nationalen Parlamenten, Unternehmern und Gewerkschaftsführern, der Zivilgesellschaft, Studenten sowie regionalen und kommunalen Behörden. Medienveranstaltungen und Kontakte mit der Zivilgesellschaft gehören zu jedem Besuch.

4.1.2. Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder für die nationalen Parlamente

Die nationalen Parlamente gewährleisten eine wirksame Kontrolle der Beschlüsse, die die Regierungen der Mitgliedstaaten zu europäischen Fragen fassen. Wie oben erwähnt, will die Kommission eine aktive Rolle bei den Diskussionen über europäische Themen spielen und die Transparenz des europäischen Beschlussfassungsverfahrens in allen politischen Bereichen erhöhen.

Zusätzlich zu der Tatsache, dass es eine Vizepräsidentin für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten gibt, werden sich einzelne Kommissionsmitglieder bemühen, ihren jeweiligen nationalen Parlamenten auf Anfrage zur Verfügung zu stehen und bereit zu sein, die Politik der Kommission zu erläutern und einen Überblick über die jüngsten Entwicklungen in der EU zu geben. Die praktischen Vorbereitungen hierfür sind im Gange, indem bereits Kontakte zu den nationalen Parlamenten geknüpft wurden.

4.1.3. Bürgerfreundliche Vertretungen

Die Vertretungen der Kommission sind das Aushängeschild der Kommission in den Mitgliedstaaten, werden jedoch von der Mehrheit der Bürger, die die Kommission nach wie vor als bürgerfern betrachtet, nicht ausreichend wahrgenommen. Sie sollen in der Öffentlichkeit als Anlaufstelle bekanntgemacht werden, wo Informationen zur Verfügung gestellt und die Meinungen der Bürger zu europäischen Fragen gesammelt werden.

Die Vertretungen stehen der Öffentlichkeit ständig zur Verfügung. Darüber hinaus sollte der Leiter der Vertretung (und, falls möglich, auch die Kommissionsmitglieder) in regelmäßigen Abständen für Bürgersprechstunden zur Verfügung stehen, wobei diese Veranstaltungen nicht auf die Hauptstädte beschränkt werden dürfen. Das Europäische Parlament sollte nach Möglichkeit ebenso verfahren, wobei diese Veranstaltungen koordiniert werden sollten.

4.1.4. *Die Nutzung von Europe-Direct-Zentren für regionale Veranstaltungen*

Die Kommission hat in Partnerschaft mit regionalen und kommunalen Trägereinrichtungen ein dezentrales Netz lokaler EU-Informationsrelais eingerichtet. Dieses Netz unterstützt alle Organe und Institutionen der EU bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit vor Ort und bei der Umsetzung des Kommissionskonzepts für die Kommunikationsarbeit.

Die Vertretungen nutzen das neueste Netz der Europe-Direct-Zentren zur Unterstützung von *Plan D*. Sie sollten als Anlaufstelle für die Tätigkeiten auf regionaler Ebene genutzt werden.

4.1.5. *Europäischer Runder Tisch für Demokratie*

Die Kommission will Bürger erreichen, insbesondere junge Menschen, die an europäischen Themen interessiert sind. Angestrebt werden Möglichkeiten einer verbesserten grenzüberschreitenden Diskussion zur Förderung einer aktiven Bürgerschaft sowie die Stärkung des Bewusstseins für den Prozess des europäischen Einigungswerks.

Die Kommission arbeitet mit den Vertretern der Bürgergesellschaft zusammen, um einen Europäischen Runden Tisch für Demokratie einzurichten. An dem Runden Tisch beteiligen sich Bürger verschiedener Weltanschauungen, die zusammenarbeiten oder über gemeinsame europäische Themen diskutieren. Ausgehend von den Ergebnissen des Europäischen Runden Tisches sollten Treffen in allen Mitgliedstaaten veranstaltet werden.

4.1.6. *Europäische „Goodwill Ambassadors“*

Entscheidend ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit über unsere Tätigkeit. Eine gute Politik muss durch gute und kreative Initiativen im Bereich der Öffentlichkeits- und Medienarbeit ergänzt werden.

Die Kommission will mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine Reihe von regionalen Veranstaltungen mit "Europäischen Goodwill Ambassadors" zu veranstalten. Hierbei stützt sie sich auf das Vorbild der Vereinten Nationen und die Erfahrungen mit den Volksbefragungen in den neuen Mitgliedstaaten im Zusammenhang mit ihrem Beitritt und lädt bekannte Persönlichkeiten aus dem Kultur-, Geschäfts- oder Sportleben bzw. anderen Bereichen zu Veranstaltungen mit bestimmten Zielgruppen ein. Diese "Botschafter" könnten in dem betreffenden Mitgliedstaat bei offenen Veranstaltungen, Workshops und allgemeinen Diskussionen über bestimmte europäische Themen oder Programme wie Bildung, Armutsbekämpfung, Wahlbeteiligung oder Forschung und Entwicklung aktiv werden.

4.2. **Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben**

4.2.1. *Förderung eines wirksameren Anhörungsverfahrens*

In den letzten Jahren hat die Kommission ihre Anhörungsverfahren bei wichtigen politischen Initiativen verbessert. Die Zahl der Anhörungen interessierter Gruppen mit Hilfe von Grün- und Weißbüchern sowie Internet-Befragungen hat erheblich

zugenommen. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens möchte die Kommission die vorhandenen Möglichkeiten zur Sammlung von Rückmeldungen von Bürgern, Verbrauchern und Unternehmen in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und anderen Organen verbessern.

Die Kommission will ihre bestehenden Anhörungsverfahren effizienter fördern, um eine stärkere Beteiligung der nationalen und regionalen Teilnehmer, wie in dem Aktionsplan über die Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen, zu erreichen.

4.2.2. *Unterstützung europäischer Bürgerprojekte*

Da nach wie vor eine fehlende Legitimität und mangelnde Beteiligung der europäischen Bürger an den politischen Systemen festgestellt wird, muss ihr Sinn für die Teilhabe und das Engagement für das europäische Ideal auf allen Ebenen weiter gestärkt werden. Das kürzlich vorgeschlagene Programm „Bürger für Europa“ zur Förderung der aktiven Unionsbürgerschaft hat genau dies als Hauptziel festgelegt.

Des Weiteren wurde in einigen Mitgliedstaaten örtlich eine Reihe von Bürgerkonventen geschaffen, die häufig in den Beschlussfassungsprozess auf regionaler Ebene eingebunden sind. Die Kommission ist bestrebt, Initiativen für europäischen Bürgerkonvente zu unterstützen, in denen nach Möglichkeit ein repräsentativer Querschnitt der Bürger aus europäischen Regionen bestimmte politische Themen diskutiert. Dies könnte auf bestehenden Modellen in den Mitgliedstaaten aufbauen und darüber hinaus ein potenzielles Feedback für die Diskussionen auf europäischer Ebene bieten.

4.2.3. *Mehr Transparenz*

Der europäische Bürger hat ein Recht auf effiziente, transparente und dienstleistungsorientierte öffentliche Institutionen. Die Kommission unterstützt daher Bemühungen um mehr Transparenz auf allen Ebenen der EU-Organe, wozu auch ihre eigene Europäische Transparenzinitiative gehört. Im Hinblick auf den Rat beschloss der Europäische Rat von Sevilla die Öffnung der Ratssitzungen für die Öffentlichkeit, wenn der Rat als Mitgesetzgeber handelt. Diese Vorschriften sind in der Geschäftsordnung des Rates festgelegt. Hierdurch werden die Abstimmungsergebnisse und das Abstimmungsverhalten bei den wichtigsten Vorschlägen für die Öffentlichkeit transparenter. Diese Verpflichtungen sind noch nicht in die Praxis umgesetzt. Der britische Ratsvorsitz prüft gegenwärtig eine Reihe von Möglichkeiten, um die Ratsverfahren transparenter zu machen.

Die Kommission unterstützt diese Initiative des Ratsvorsitzes, die in dieselbe Richtung wie die Europäische Transparenzinitiative der Kommission geht, mit Nachdruck.

4.2.4. *Erhöhung der Wahlbeteiligung*

Die niedrigere Wahlbeteiligung auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene hat den Eindruck einer fehlenden Legitimität des politischen Prozesses verstärkt. Insbesondere bei den letzten Wahlen zum Europäischen Parlament war die Wahlbeteiligung in einigen Mitgliedstaaten enttäuschend niedrig.

Die Kommission wird den anderen EU-Organen vorschlagen, gemeinsam nach Möglichkeiten zu suchen, um die Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Europäischen Parlament und bei Volksabstimmungen in den Mitgliedstaaten über europäische Themen zu erhöhen. Schwerpunkte hierbei sind die Beteiligung junger Menschen und von Minderheiten sowie die Nutzung neuer Techniken zur Erhöhung der Wahlbeteiligung. Zur Koordinierung der Bemühungen in diesem Bereich könnte eine interinstitutionelle Arbeitsgruppe eingerichtet werden.

4.3. Mittel zur Einrichtung eines Dialogs über europäische Themen

4.3.1. Besondere Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas

Plan D ist ein Instrument des Zuhörens und des Dialogs. Hierdurch beabsichtigt die Kommission, Lehren aus den Sorgen der Bürger zu ziehen. Darüber hinaus erhalten die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, die Sorgen ihrer Bürger in der Zeit der Reflexion zu verstehen.

Die Kommission wird eine besondere Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas durchführen und die Meinungen der Bürger über die Zukunft des europäischen Einigungswerks sowie die Unterstützung und die Erwartungen der Bürger im Hinblick auf die politischen Maßnahmen auf europäischer Ebene beurteilen.

4.3.2. Internet

Die Erfahrung zeigt zunehmend, dass das Internet ein wichtiges Forum der politischen Debatte geworden ist. Wenn die Kommission eine wichtige Rolle bei der Moderation der Diskussionen über die Zukunft Europas spielen will, sollte sie die Möglichkeiten aller interaktiven Kommunikationsmittel, die diese Debatte erleichtern können, ausprobieren.

Die Kommission nutzt die modernste Internet-Technik, um ihre Politik aktiv zu diskutieren und zu vertreten. Das Internet ist ein wichtiges meinungsbildendes Diskussionsforum geworden.

4.3.3. Zielgruppen

Wichtig in der Phase der Anhörung ist es, dass die Kommission sich auf die bewährte Methode stützt, Schwerpunktgruppen als ersten Schritt für eine transparente Politik einzusetzen. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Ansichten junger Menschen gewidmet werden. Dies könnte den Mitgliedstaaten dabei helfen, den Feedback-Prozess bei den nationalen Diskussionen zu verbessern.

Die Kommission ist bereit, die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, eine Schwerpunktgruppenarbeit bei bestimmten europäischen Themen einzusetzen.

5. FINANZIERUNG

Die umfassende Debatte über die Zukunft Europas muss durch angemessene finanzielle Mittel unterstützt werden. Die Kommission bemüht sich, die

Mitgliedstaaten und die Bürgergesellschaft durch die Förderung von Einzelinitiativen zu unterstützen.

Anfang 2005 wurden im Rahmen der Haushaltslinie PRINCE - Debatte über die Zukunft Europas (Haushaltslinie 250302) 9 Millionen EUR bereitgestellt. Alle Mitgliedstaaten haben eine finanzielle Unterstützung erhalten. Während des Ratifizierungsprozesses wurden bereits knapp 6 Millionen EUR zur Verfügung gestellt. Die Kommission ist der Auffassung, dass die übrigen Mittel zur Unterstützung von Initiativen der Mitgliedstaaten und der Bürgergesellschaft eingesetzt werden sollten.

Die Kommission unterstützt daher die Absicht des Europäischen Parlaments, im Rahmen der Haushaltslinie PRINCE für 2006 zusätzliche sechs Millionen Euro bereitzustellen.

6. SCHLUSSFOLGERUNG

Die nationalen Debatten über die Ratifizierung der Europäischen Verfassung haben gezeigt, dass die Mitgliedschaft in der Europäischen Union nach wie vor befürwortet wird, das Gefühl der Ausgeschlossenheit vom demokratischen Leben allerdings zunimmt.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union haben eine Erklärung abgegeben, in der die Notwendigkeit hervorgehoben wird, auf die Belange der Bürger zu achten und eine umfassende Debatte in Gang zu setzen.

Nun ist der Zeitpunkt des Zuhörens und Handelns gekommen. Diese Mitteilung beschreibt die Inhalte und Themen des *Plans D* für Demokratie, Dialog und Diskussion. Sie unterstreicht den nationalen Charakter der Diskussionen, empfiehlt jedoch einen strukturierten Feedback-Prozess und eine Reihe möglicher Initiativen auf Gemeinschaftsebene.

Bei *Plan D* geht es darum, einen neuen Konsens über Europa zu verdeutlichen, zu vertiefen und zu legitimieren, sich mit Kritik auseinanderzusetzen und Lösungen zu finden, wo die Erwartungen nicht erfüllt wurden. Im Lichte der obigen Ausführungen empfiehlt die Europäische Kommission, dass die Mitgliedstaaten:

- die notwendigen Schritte ergreifen, um sobald wie möglich in jedem Mitgliedstaat eine nationale Debatte zu strukturieren;
- mit der Kommission und anderen Organen und Institutionen zusammenarbeiten, um die effektivste Unterstützung und Mitwirkung an den nationalen Debatten, wozu auch Besuche in den Mitgliedstaaten gehören, zu erzielen;
- sich bis zum nächsten Europäischen Rat auf das Feedback-Verfahren einigen, um zu gewährleisten, dass die Sorgen und Erwartungen der Bürger bekanntgemacht werden und in die Bestandsaufnahme, die unter österreichischem Ratsvorsitz erfolgen soll, einfließen.

FINANZBOGEN FÜR RECHTSAKTE

1. BEZEICHNUNG DES VORGESCHLAGENEN RECHTSAKTS

Der Beitrag der Kommission in der Zeit der Reflexion und danach: *Plan D* für Demokratie, Dialog und Diskussion.

2. ABM/ABB-RAHMEN

Politikbereich: **16-PRESSE UND KOMMUNIKATION**

Tätigkeiten (HVE 2006):

16 03 - Analyse der öffentlichen Meinungstrends und Entwicklung allgemeiner Informationen für die Bürger

3. HAUSHALTSLINIEN

3.1. Haushaltslinie, einschließlich Bezeichnung

16 03 04 – Prince – Debatte über die Zukunft der Europäischen Union

3.2. Dauer der Maßnahme und ihrer finanziellen Auswirkungen:

Der Plan D, der Gegenstand dieser Mitteilung ist, soll wiederholt (jedes Jahr) durchgeführt werden. Die für die Durchführung erforderlichen Haushaltsmittel werden im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung bereitgestellt.

3.3. Haushaltstechnische Merkmale (erforderlichenfalls sind weitere Zeilen anzufügen):

Haushaltslinie	Art der Ausgaben		Neu	EFTA-Beitrag	Beiträge von Bewerberländern	Rubrik der Finanziellen Vorausschau
Linie 16 03 04	NOA	GM	Nein	Nein	Nein	Nr. 3

4. RESSOURCEN IM ÜBERBLICK

4.1. Mittelbedarf

4.1.1. Überblick über die erforderlichen Verpflichtungsermächtigungen (VE) und Zahlungsermächtigungen (ZE)

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Art der Ausgaben	Ab-schnitt		2006	Folge-jahre ³	Insgesamt
------------------	------------	--	------	--------------------------	-----------

Operative Ausgaben⁴

Verpflichtungsermächtigungen (VE)	8.1	A	6,000	---	6,000
Zahlungsermächtigungen (ZE)		B	6,000	---	6,000

HÖCHSTBETRAG

Verpflichtungsermächtigungen		A	6,000	---	6,000
Zahlungsermächtigungen		B	6,000	---	6,000

Im Höchstbetrag nicht enthaltene Verwaltungsausgaben⁵

Personal- und Nebenkosten (NGM)	8.2.3	D	0,810	---	0,810
---------------------------------	-------	---	-------	-----	-------

Geschätzte Gesamtkosten für die Finanzierung der Maßnahme

VE insgesamt, einschließlich Personalkosten		a+d	6,810	---	6,810
---	--	-----	-------	-----	-------

³ Die Durchführung des Plans D wird 2007 und 2008 fortgesetzt, doch der Mittelbedarf für diese Jahre wird erst bei Vorlage der Ergebnisse des Feedback-Verfahrens festgelegt werden.

⁴ Ausgaben, die nicht unter Kapitel 16 01 des betreffenden Titels 16 fallen.

⁵ Ausgaben, die unter Kapitel 16 01 fallen, außer solche bei Artikel 16 01 04 oder 16 01 05.

ZE	insgesamt,				
einschließlich	Personalkosten		b+d	6,810	---
					6,810

4.1.2. Vereinbarkeit mit der Finanzplanung

Für den Haushaltsplan 2005 ist dieser Vorschlag mit der Finanzplanung vereinbar.

Der Mittelbedarf für die Durchführung des Plans D im Jahr 2005 wird durch eine interne Umschichtung der Mittel der GD PRESS – Haushaltslinie PRINCE – gedeckt werden.

Für 2006 wird der Mittelbedarf durch die Haushaltslinie PRINCE gedeckt werden, sofern die Haushaltsbehörde die erforderlichen Mittel zuweist. Das Europäische Parlament hat bereits mehrere Änderungsanträge mit dem Ziel einer Mittelerrhöhung gegenüber dem HVE 2006 eingereicht, um die Mittel dieser Haushaltslinie aufzustocken.

In den Jahren 2007 und 2008 wird die Durchführung des Plan D fortgesetzt. Für diese Jahre werden sich die Mittel nach Maßgabe der Ergebnisse des ersten Feedbacks bestimmen. Daher sind sie in den Tabellen dieses Finanzbogens nicht ausgewiesen. Sie werden sich nach der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 und der daraus resultierenden mehrjährigen Finanzplanung bestimmen.

4.1.3. Finanzielle Auswirkungen auf die Einnahmen

Der Vorschlag hat keine finanziellen Auswirkungen auf die Einnahmen.

4.2. Personalbedarf (Vollzeitäquivalent - Beamte, Zeitbedienstete und externes Personal) - Einzelheiten hierzu siehe Abschnitt 8.2.1

Jährlicher Bedarf	2006	Folge- jahre
Personalbedarf insgesamt	7,5	---

5. MERKMALE UND ZIELE

5.1. Kurz- oder längerfristig zu deckender Bedarf:

Der Europäische Rat hat auf seiner Tagung vom 18. Juni 2005 eine Erklärung abgegeben, in der er nach dem negativen Ausgang der Referenden zur Europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden eine Zeit der Reflexion fordert. Die Kommission schlägt einen Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion vor, mit dem eine umfassendere Diskussion über die Beziehungen zwischen den demokratischen Organen der EU und ihren Bürgern angestoßen werden soll. In der Mitteilung sind zahlreiche Initiativen zur Anregung einer umfassenden öffentlichen Diskussion in den Mitgliedstaaten und auf Gemeinschaftsebene aufgeführt. Diese Initiativen müssen auf bestimmte Zielgruppen (z. B. Frauen, junge Menschen, Minderheiten, Arbeitslose) ausgerichtet und Gegenstand einer angemessenen Berichterstattung in den Medien sein. Der Plan D muss für die gesamte Amtszeit der Kommission und darüber hinaus gelten.

Die Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten werden ein Eckstein des neuen Konzepts sein.

5.2. Durch die Gemeinschaftsintervention bedingter Mehrwert, Kohärenz des Vorschlags mit anderen Finanzinstrumenten sowie mögliche Synergieeffekte:

Der Mehrwert der vorgeschlagenen Maßnahmen besteht in der Garantie, dass das Feedback nach der Diskussion unmittelbare Auswirkungen auf die politische Agenda der Europäischen Union haben kann. Die Kommission schlägt daher ihre Unterstützung bei der Durchführung und Finanzierung von Veranstaltungen vor, die die Europa-Diskussion fördern. Im Rahmen des Möglichen sind die Initiativen in Zusammenarbeit mit anderen EU-Organen und -Einrichtungen durchzuführen.

Der Plan D wird in Synergie mit dem am 20.07.2005 vom Kollegium angenommenen Aktionsplan der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa durchgeführt.

5.3. Ziele, erwartete Ergebnisse und entsprechende Indikatoren im Rahmen der ABM-Methodik:

Die mit dem Plan D verfolgten Ziele entsprechen den allgemeinen Zielen der Kommission und den in ABM und ABB niedergelegten operativen Zielen der GD PRESS.

Dieser Teil des Finanzbogens nimmt auf die im Plan D beschriebenen Maßnahmen und Ziele Bezug, die Auswirkungen auf den Haushalt und/oder den Personalbedarf der GD PRESS haben.

Die Vertretungen der Kommission in den Mitgliedstaaten sind an der Durchführung der nachstehend beschriebenen Ziele und Maßnahmen weitgehend beteiligt.

1. Erstes operatives Ziel: Unterstützung der Diskussionen in den Mitgliedstaaten

- Beitrag zu den ABM-Zielen der GD PRESS und den allgemeinen Zielen der Kommission

Dieses Ziel wird mit Hilfe folgender Maßnahmen umgesetzt, die sich allesamt in die allgemeinen Ziele der GD PRESS und die derzeitigen ABB-Haushaltslinien einfügen:

1.1. Veranstaltung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten: Die Kommission unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Durchführung von Veranstaltungen, die die Europa-Diskussion fördern.

1.2. Feedback : Veranstaltung einer europäischen Konferenz am 9. Mai 2006.

- Maßnahmen/erwartete Ergebnisse/erwartete Wirkung/Indikatoren

Operative Unterziele/ Maßnahmen	Bezug Plan D	Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse/Wirkung	Indikatoren
Veranstaltung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten :	3.1.	Unterstützung bei der Durchführung von Veranstaltungen, die die Europa-Diskussion fördern	Durchführung einer Diskussionsveranstal- tung in jedem Mitgliedstaat; Förderung regionaler Initiativen und Betei- ligung der nationalen Parlamente	Anzahl der durchgeführten Diskussionsveranstal- tungen Berichte der Mitglied- staaten
1.2 Feedback	3.3.	Durchführung der europäischen Konferenz im Mai 2006; zusammenfassender Bericht	Zusammentragen der ersten Schlussfolge- rungen der Diskussion und Leitlinien für die Vorbereitung des Europäischen Rates im Juni 2006	Anzahl der Konferenzteilnehmer Ex-ante- und Ex-post- Bewertung

2. Zweites operatives Ziel: Anregung einer umfassenderen öffentlichen Diskussion

- Beitrag zu den ABM-Zielen der GD PRESS und den allgemeinen Zielen der Kommission

Dieses Ziel wird mit Hilfe folgender Maßnahmen umgesetzt, die sich allesamt in die allgemeinen Ziele der GD PRESS und die derzeitigen ABB-Haushaltslinien einfügen:

2.1. Besuche von Kommissionsmitgliedern in den Mitgliedstaaten Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

2.2. Bürgerfreundliche Vertretungen der Kommission Die Vertretungen der Kommission führen häufig Informationsveranstaltungen und öffentliche Diskussionen durch.

2.3. Nutzung der Europe-Direct-Zentren für regionale Veranstaltungen Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

2.4. Europäischer Runder Tisch für Demokratie Es werden ein europäischer Runder Tisch eingerichtet und Zusammenkünfte im Rahmen des Rundes Tisches in den Mitgliedstaaten organisiert.

2.5. Europäische Goodwill-Botschafter Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

• Maßnahmen/erwartete Ergebnisse/erwartete Wirkung/Indikatoren

Operative Maßnahmen	Unterziele/	Bezug Plan D	Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse/Wirkung	Indikatoren
2.1. Besuche von Kommissionsmitgliedern in den Mitgliedstaaten		4.1.1.	Besuche von Kommissionsmitgliedern in den Mitgliedstaaten, Ausbau der Kontakte mit regionalen und lokalen Medienvertretern, Kommunikationsmaßnahmen	Größere Bekanntheit und besseres Image der Kommissionsmitglieder in den Mitgliedstaaten, bessere Qualität der Informationen, bessere Zielgruppenausrichtung, Annäherung an die Bürger	Medienberichterstattung, Bekanntheit der EU bei den Bürgern
2.2. Bürgerfreundliche Vertretungen		4.1.3.	Durchführung monatlicher Informations- und Diskussionsveranstaltungen für bestimmte Zielgruppen in den Mitgliedstaaten	Annäherung der Bürger an die Gemeinschaftsorgane, aufmerksameres Zuhören in den Mitgliedstaaten	Anzahl der in den Mitgliedstaaten durchgeführten Informations- und Diskussionsveranstaltungen Anzahl der Veranstaltungsteilnehmer
2.3. Nutzung der Europe-Direct-Zentren für regionale Veranstaltungen		4.1.4.	Förderung der Europe-Direct-Zentren	Einholen von Feedback der verschiedenen Zielgruppen auf lokaler Ebene Annäherung und bessere Information der Bürger	Zahl der durchgeführten Veranstaltungen und der behandelten Themen; Anzahl der Veranstaltungsteilnehmer; Ex-ante- und Ex-post-Bewertung

2.4. Europäischer Runder Tisch für Demokratie	4.1.5.	Durchführung eines Europäischen Runden Tisches; Durchführung von Runden Tischen in den Mitgliedstaaten	Politischer Dialog zwischen der Kommission (oder anderen Organen) und den Bürgern	Anzahl der durchgeführten Runden-Tisch-Veranstaltungen Erreichte Zielgruppen und Zahl der Veranstaltungsteilnehmer Ex-ante- und Ex-post-Bewertung
2.5. Europäische Goodwill-Botschafter	4.1.6.	Durchführung von Veranstaltungen, die zahlreiche Zielgruppen anziehen Medienberichterstattung	Verbesserung des Images der EU und der Kenntnis ihrer Politik; Annäherung an die Bürger	Anzahl von Veranstaltungen Teilnehmerzahl Qualität der Medienberichterstattung

3. Drittes operatives Ziel: Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben

- Beitrag zu den ABM-Zielen der GD PRESS und den allgemeinen Zielen der Kommission:

Dieses Ziel wird mit Hilfe folgender Maßnahmen umgesetzt, die sich allesamt in die allgemeinen Ziele der GD PRESS und die derzeitigen ABB-Haushaltlinien einfügen:

3.1. Förderung eines wirksameren Anhörungsverfahrens Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

3.2. Unterstützung für Projekte der Unionsbürgerschaft Dieses Ziel wird durch die Organisation von Konventen auf regionenübergreifender Ebene umgesetzt.

3.3. Mehr Transparenz Diese Maßnahme wird im Zuge von Initiativen des Rates und des Vorsitzes der EU umgesetzt.

3.4. Erhöhung der Wahlbeteiligung durch Einsatz neuer Technologien Diese Maßnahme wird durch eine gemeinsame Aktion der europäischen Organe und der Einrichtungen der Mitgliedstaaten verwirklicht.

• Maßnahmen/erwartete Ergebnisse/erwartete Wirkung/Indikatoren

Operative Unterziele/ Maßnahmen	Bezug Plan D	Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse/ Wirkung	Indikatoren
3.1. Förderung eines wirksameren Anhörungsverfahrens	4.2.1.	Optimale Nutzung der vorhandenen Instrumente, um das Feedback der Öffentlichkeit einzuholen	Input und Feedback bei der Entwicklung der politischen Maßnahmen der Union	Anzahl und Qualität der durchgeführten Konsultationen Erreichte Zielgruppen Ex-ante- und Ex-post-Bewertung
3.2. Unterstützung von Projekten der Unionsbürgerschaft	4.2.2.	Organisation von Konventen auf regionenübergreifender Ebene Empfehlungen/Berichte an die auf regionaler und nationaler Ebene zuständigen Regierungen	Entschärfung der Legitimationskrise der politischen Systeme. der Beteiligung der Bürger mehr Sinn verleihen	Anzahl der vertretenen Regionen; Anzahl der Konvente; Anzahl der Teilnehmer; Ex-ante- und Ex-post-Bewertung
3.3. Mehr Transparenz	4.2.3.	Transparenz der Arbeit des Rates und der anderen Organe; Einsicht der Öffentlichkeit in die Abstimmungsergebnisse	Identifizierung der Öffentlichkeit mit den Entscheidungen und Beschlüssen des Rates; Verstehen der Rolle des Rates als Gesetzgeber und der Rolle der EU-Organe	angenommene Transparenzmaßnahmen; geänderte Geschäftsordnung
3.4. Erhöhung der Wahlbeteiligung	4.2.4.	Einrichtung einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe	Erhöhung der Legitimation der demokratischen Organe	Verbesserung der elektronischen Abstimmungssysteme; Höhe der Wahlbeteiligung

4. Viertes operatives Ziel: Einrichtung eines Dialogs über europäische Themen

- Beitrag zu den ABM-Zielen der GD PRESS und den allgemeinen Zielen der Kommission

Dieses Ziel wird mit Hilfe folgender Maßnahmen umgesetzt, die sich allesamt in die allgemeinen Ziele der GD PRESS und die derzeitigen ABB-Haushaltslinien einfügen:

4.1. Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder in den nationalen Parlamenten Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

4.2. Spezielle Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas Diese Maßnahme wird im Zuge einer neuen Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft der Union umgesetzt.

4.3. Internet: Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

4.4. Zielgruppen: Diese Maßnahme wird im Rahmen des Aktionsplans der Kommission für eine bessere Kommunikationsarbeit zu Europa umgesetzt.

- Maßnahmen/erwartete Ergebnisse/erwartete Wirkung/Indikatoren

Operative Maßnahmen	Unterziele/	Bezug Plan D	Maßnahmen	Erwartete Ergebnisse/Wirkung	Indikatoren
4.1. Verfügbarkeit der Kommissionsmitglieder in den nationalen Parlamenten		4.1.2.	Erklärung der Politik der Union durch die Kommissionsmitglieder in den nationalen Parlamenten	Erleichterung der Diskussion über die Union; Steigerung der Transparenz der EU-Organen	Anzahl der Parlamentssitzungen/Diskussionen
4.2. Spezielle Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas		4.3.1.	Spezielle Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas	Analyse der Meinungen der Bürger und ihrer Erwartungen bezüglich des europäischen Einigungswerks	Indikatoren für die Nutzung der Umfrageergebnisse; Profil der Öffentlichkeit
4.3. Internet:		4.3.2.	Entwicklung einer neuen Website speziell für die Europa-Diskussion	Interaktive, die Diskussion erleichternde Kommunikation, Attraktivität der Website, Effizienz der Suchmaschinen, Gesamtkohärenz	Entwicklung der Zahl der Besucher auf der Website; Kapazität der Systeme
4.4. Zielgruppen:		4.3.3.	Nutzung von Zielgruppen durch die Mitgliedstaaten	Ausbau der Konsultationsverfahren	Anzahl der Zielgruppen; Anzahl der Antworten; Übernahme der Ergebnisse

5.4. Durchführungsmodalitäten

Zentrale Verwaltung:

- direkt durch die Kommission

6. ÜBERWACHUNG UND BEWERTUNG

6.1. Überwachungssystem

Das interne Berichterstattungssystem für die laufenden Maßnahmen wird auf die neuen Maßnahmen ausgeweitet.

6.2. Bewertung

6.2.1. Ex-ante-Bewertung:

Bei seinem Seminar vom 20. September 2005, das speziell dem Plan D gewidmet war, hat das Kollegium die allgemeinen Leitlinien des Plans bestätigt; der dafür erforderliche zusätzliche Ressourcenbedarf der GD PRESS geht aus diesem Finanzbogen hervor.

Die operativen Maßnahmen, die im Rahmen der Mitteilung durchgeführt werden sollen, richten sich nach den Ergebnissen der Analysen, die mit Hilfe der Bewertungsfunktion der GD PRESS erstellt werden.

6.2.2. Maßnahmen im Anschluss an eine Zwischen-/Ex-post-Bewertung

Im April 2006 dürfte ein erstes Feedback eingeholt werden, damit eine erste Reihe von Schlussfolgerungen gezogen werden kann. Die Kommission wird am 9. Mai 2006, dem «Europatag», eine europäische Konferenz zur Zukunft Europas veranstalten, zu der Vertreter der Zivilgesellschaft, der Mitgliedstaaten, der Bürgerschaft und anderer EU-Organe und -Institutionen eingeladen sind. Auf dieser Konferenz sollen die ersten Schlussfolgerungen der Diskussion auf europäischer Ebene gezogen werden. Im Mai 2006 wird die Kommission ein Dokument mit einer Synthese der nationalen Diskussionen erstellen.

Hierauf kann sich der österreichische Ratsvorsitz bei der Erstellung der Gesamtbilanz stützen, die, wie in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs gefordert, beim Europäischen Rat im Juni 2006 gezogen werden soll.

6.2.3. Modalitäten und Periodizität der vorgesehenen Bewertungen:

Auf der Grundlage der Ergebnisse beim Europäischen Rat im Juni 2006 könnte ein zweites Feedback Anfang 2007 notwendig sein, damit die Kommission ihre strategische und politische Agenda im Rahmen der Halbzeitüberprüfung anpassen kann.

7. BETRUGSBEKÄMPFUNGSMASSNAHMEN

Es gelten die Bestimmungen über die Ausführung des Haushalts und insbesondere über die Kontrollmaßnahmen.

8. RESSOURCEN IM EINZELNEN

8.1. Ziele des Vorschlags und Finanzbedarf (Verpflichtungsermächtigungen in EUR)

Die in der nachstehenden Tabelle angegebenen Beträge entsprechen dem für die Durchführung des Aktionsplans erforderlichen Finanzbedarf.

Da einige der im Plan D beschriebenen Maßnahmen in Synergie mit dem Aktionsplan der Kommission zur Verbesserung ihrer Kommunikationsarbeit zu Europa durchgeführt werden sollen, ist hier nur der Finanzbedarf für die nicht im Aktionsplan enthaltenen Maßnahmen aufgeführt.

In EUR

Bezeichnung der Ziele, Maßnahmen und Outputs	Art der Outputs	Durchschnittskosten	2006		INSGESAMT	
			Zahl der Outputs	Gesamtkosten	Anzahl	Gesamtkosten
1. Unterstützung bei der Durchführung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten						
1.1. Durchführung von Diskussionen in den Mitgliedstaaten						
Unterstützung bei Veranstaltungen, die die Europa-Diskussion fördern	Unterstützung	8.000	25	200.000	25	200.000
1.2. Feedback						
Europäische Konferenz	Europäische Veranstaltungen	700.000	1	700.000	1	700.000
Ziel insgesamt 1				900.000		900.000
2. Anregung einer umfassenderen öffentlichen Diskussion						
2.4. Europäischer Runder Tisch für Demokratie						
Zusammenkünfte anlässlich des Europäischen Runden Tisches	Zusammenkünfte	96.000	25	2.400.000	25	2.400.000
Ziel insgesamt 2				2.400.000		2.400.000

3. Förderung der Bürgerbeteiligung am demokratischen Leben						
3.2. Unterstützung von Projekten der Unionsbürgerschaft						
Bürgerkonvente	Bürgerkonvente	84000	25	2.100.000	25	2.100.000
Ziel insgesamt 3				2.100.000		2.100.000
4. Herstellung eines echten Dialogs über die europäische Politik						
4.2. Eurobarometer						
spezielle Eurobarometer-Umfrage über die Zukunft Europas	Eurobarometer-Umfrage – Ankauf von Dienstleistungen und Daten	600.000	1	600.000	1	600.000
Ziel insgesamt 4				600.000		600.000
GESAMT-KOSTEN				6.000.000		6.000.000

8.2. Verwaltungskosten

8.2.1. Art und Anzahl des erforderlichen Personals

Art der Stellen		Zur Verwaltung der Maßnahme einzusetzendes vorhandenes Personal (Stellenzahl/Vollzeitäquivalent)	
		2006	Folgejahre
GD PRESS (Zentrale)			
<u>Beamte oder Bedienstete auf Zeit⁶ (16 01 01)</u>	A*/AD	3	---
	B*, C*/AST	4,5	---
INSGESAMT		7,5	

Die Maßnahme wird mit dem Personal der Task Force "Zukunft der Union" im Jahr 2005 mit gleichbleibendem Personalbestand oder auf der Grundlage einer internen Personalumschichtung durchgeführt.

8.2.2. Zuordnung der Stellen des damit betrauten Statutspersonals

Derzeit für die Verwaltung des fortzuschreibenden Programms zugewiesene Stellen. Alle Stellen müssen verlängert werden.

⁶ Die Kosten hierfür sind NICHT im Höchstbetrag enthalten.

8.2.3. Im Höchstbetrag nicht enthaltene Personal- und Nebenkosten

in Mio. EUR (3 Dezimalstellen)

Art des Personals	2006	Folgejahre
Beamte und Bedienstete auf Zeit (16 01 01)	0,810	---
Personal- und Nebenkosten insgesamt (NICHT im Höchstbetrag enthalten)	0,810	

Berechnung - *Beamte und Bedienstete auf Zeit (16 01 01)*

EUR 108 000/Jahr x 7,5 Beamte = 810 000 pro Jahr

(s. Leitlinien zum Ausfüllen des Finanzbogens, BudgWeb)



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 1.2.2006
KOM(2006) 35 endgültig

WEISSBUCH

ÜBER EINE EUROPÄISCHE KOMMUNIKATIONSPOLITIK

(von der Kommission vorgelegt)

DE

DE

Gemeinsam mit den Menschen über Europa diskutieren

EINLEITUNG: „DIE KLUFT ÜBERBRÜCKEN“

Im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte ist die Europäische Union umgestaltet worden. Sie hat eine ganze Reihe von Aufgaben übernommen, die sich in vielfältiger Weise auf das Leben der Bürger auswirken. Die Kommunikation der EU mit den Bürgern hat mit dieser Entwicklung allerdings nicht Schritt gehalten.

Die Kluft zwischen der Europäischen Union und den Bürgern ist ein weithin bekanntes Phänomen. Bei den in den letzten Jahren durchgeführten Eurobarometer-Umfragen gaben viele der Befragten an, dass sie wenig über die EU wissen und bei den Entscheidungsprozessen nach eigenem Empfinden kaum Mitsprache haben. Kommunikation ist für eine gesunde Demokratie lebenswichtig. Sie ist keine Einbahnstraße. Demokratie kann nur dann reibungslos funktionieren, wenn die Bürger über aktuelle Entwicklungen informiert sind und in vollem Umfang daran teilhaben können.

Kommunikation kann nie von dem abgekoppelt werden, was kommuniziert wird. Die Bürger erwarten, dass Europa im Zeitalter der Globalisierung für Wohlstand, Solidarität und Sicherheit sorgt. Für jede Kommunikationspolitik ist es daher von grundlegender Bedeutung, dass die EU ein effizientes politisches Programm vorlegt. Aber die Vorlage eines Programms allein reicht nicht aus.

Die Kommission hat im Vorjahr in einem Aktionsplan die konkreten Maßnahmen aufgelistet, die zur Verbesserung der Kommunikation mit den Bürgern geplant sind¹. Dazu gehören beispielsweise eine Stärkung der Vertretungen der Kommission, die Verbesserung der internen Koordination und Planung, eine bürgernahe Sprache, eine wirksamere Präsentation sowie die Einrichtung von mehr Anlaufstellen für die Bürger.

Die Kommission hat ebenfalls den „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“² auf den Weg gebracht, mit dem die Bürger in eine weit reichende Diskussion darüber eingebunden werden sollen, wofür die Europäische Union da ist, wohin sie sich bewegt und wofür sie sich einsetzen soll.

Damit diese Initiativen der Europäischen Kommission aber etwas bewirken können, müssen noch viele andere Kräfte eingebunden werden. Ein partnerschaftlicher Ansatz ist dabei von grundlegender Bedeutung. Der Erfolg dieser Initiativen steht und fällt mit der Beteiligung aller Schlüsselakteure, d. h. der übrigen Organe und Einrichtungen der EU, der nationalen, regionalen und lokalen Behörden in den Mitgliedstaaten, der politischen Parteien Europas und der Zivilgesellschaft.

Mit diesem Weißbuch sollen in erster Linie Vorschläge für die künftige Vorgehensweise unterbreitet und alle Beteiligten dazu aufgerufen werden, ihre Ideen für eine optimale Zusammenarbeit zur Überbrückung der Kluft einzubringen. Dies wird in eine

¹ Aktionsplan: SEK(2005) 985 endg., 20. Juli 2005.

² Plan D: KOM(2005) 494 endg., 13. Oktober 2005.

zukunftsorientierte Agenda für eine bessere Kommunikation zur Intensivierung der öffentlichen Debatte in Europa münden.³

Diese Agenda würde über den Aktionsplan der Kommission hinausgehen. Sie soll Behörden und Organisationen aller Ebenen in den Mitgliedstaaten einbeziehen und ist langfristig ausgelegt.

Das Weißbuch ermuntert zu einer lebendigen und offen geführten Diskussion. In Teil I wird dargelegt, wie eine EU-Kommunikationspolitik nach Ansicht der Kommission gestaltet sein und was sie leisten sollte. In Teil II werden die Schlüsselbereiche beschrieben, in denen die Konsultation und künftige Maßnahmen durchgeführt werden sollen.

Wie wird der Konsultationsprozess ablaufen?

Die Bereiche, in denen die Kommission Anregungen unterbreitet und Meinungen einholt, werden im Weißbuch in Kästen hervorgehoben.

- Das Parlament, der Rat und die übrigen Organe und Einrichtungen der EU können auf dem üblichen institutionellen Weg zu diesem Weißbuch Stellung nehmen.

Die europäischen Bürger und sonstige Akteure können ihre Reaktionen über die nachstehende, eigens eingerichtete mehrsprachige Webseite oder per Post an die unten stehende Anschrift übermitteln:

Webadresse: http://europa.eu.int/comm/communication_white_paper

Postanschrift: Konsultation zum Weißbuch
Europäische Kommission
Generaldirektion Kommunikation
B - 1049 Brüssel
Belgien

- Die Kommission wird in Zusammenarbeit mit anderen EU-Institutionen auch eine Reihe von Stakeholder-Foren für bestimmte Interessensgruppen (Nichtregierungsorganisationen, Unternehmensverbände und andere Akteure) einrichten.
- Im Frühjahr 2006 werden mehrere Spezial-Eurobarometer-Umfragen zur Erhebung optimaler Daten für Analysezwecke anlaufen.

Die Konsultation ist auf sechs Monate anberaumt. Anschließend wird die Kommission die eingegangenen Antworten zusammenfassen und Schlussfolgerungen ziehen, damit für jeden Arbeitsbereich Maßnahmen vorgeschlagen werden können.

³ Bei der Erarbeitung dieses Weißbuchs berücksichtigte die Kommission in angemessener Weise die Empfehlungen der Entschließung des Europäischen Parlaments zur Umsetzung der Informations- und Kommunikationsstrategie der Europäischen Union (Herrero-Bericht, (2004/2238(INI)). Sie erhielt auch wertvolle Anregungen durch mehrere öffentliche Veranstaltungen sowie von Sachverständigen und beteiligten Akteuren. Am 8. November 2005 organisierte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss ein Stakeholder-Forum mit dem Motto „Die Kluft überbrücken“ (http://www.esc.eu.int/stakeholders_forum/index_en.asp). Am 25. November diskutierte der Ausschuss der Regionen im Plenum über die Schlüsselbotschaften für das Weißbuch der Kommission. Während der Vorbereitungsphase übermittelte konkrete Vorschläge und Anregungen werden im Anschluss an den Konsultationsprozess zu diesem Weißbuch ebenfalls erneut geprüft.

TEIL I

DIE KOMMUNIKATION IN DEN DIENST DER BÜRGER STELLEN

1. KOMMUNIKATION ALS EIGENSTÄNDIGE POLITIK

Die „Kommunikationskluft“ zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgern besteht schon lange. In EU-Kreisen wird darüber zumindest seit den Volksabstimmungen diskutiert, die vor dem Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht im Jahr 1992 stattgefunden haben.

In den letzten Jahren haben alle EU-Institutionen erneut verstärktes Augenmerk auf die Kommunikationsarbeit gelegt. Dennoch herrscht allgemein die Auffassung vor, dass noch mehr getan werden muss. Die Kommunikation ist zu sehr eine „Brüsseler Angelegenheit“ geblieben. Man konzentriert sich weitgehend darauf, den Menschen zu vermitteln, was die EU leistet. Viel weniger beschäftigt man sich damit, den Menschen zuzuhören. Obwohl Konsultationsmechanismen mittlerweile gängige Praxis sind, bleiben sie auf spezifische politische Initiativen beschränkt, und Bürger haben oft den Eindruck, dass sie kaum oder gar nicht an der Diskussion teilnehmen können. Die institutionelle Kommunikation ist zwar von wesentlicher Bedeutung und wird laufend verbessert, hat aber bislang ganz offensichtlich nicht ausgereicht, um die Kluft zu schließen.

Die Europäische Kommission schlägt daher einen grundlegend neuen Ansatz vor: Entscheidend dabei ist, auf mehr Dialog statt auf einseitige Kommunikation zu setzen, den Bürger und nicht die Institutionen in den Mittelpunkt der Kommunikation zu stellen sowie verstärkt dezentral statt von Brüssel aus tätig zu werden. Die EU sollte eine eigenständige Kommunikationspolitik im Dienste der Bürger entwickeln. Grundlage dafür sollte ein wirklicher Dialog zwischen den Menschen und den politischen Entscheidungsträgern sowie eine lebendige Diskussion zwischen den Bürgern selbst sein. Menschen aus allen Gesellschaftsschichten sollten das Recht auf ausgewogene und umfassende Informationen über die Europäische Union haben und darauf vertrauen können, dass ihre Ansichten und Anliegen bei den EU-Institutionen Gehör finden. Dem Europäischen Parlament, den Mitgliedstaaten und all denjenigen, die die europäischen Bürger vertreten, kommt eine besondere Rolle zu, da die Unterstützung des europäischen Projekts durch die Bevölkerung von gemeinsamem Interesse ist.

2. INTENSIVIERUNG VON DISKUSSION UND DIALOG – EINE EUROPÄISCHE ÖFFENTLICHE SPHÄRE

Im heutigen Europa üben die Bürger ihre politischen Rechte hauptsächlich auf nationaler und lokaler Ebene aus. Zwar verfügen sie bereits über politische Rechte auf europäischer Ebene wie etwa das Recht auf Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament, doch sie erhalten ihr Wissen über Politik und politische Angelegenheiten größtenteils über die nationalen Bildungssysteme und informieren sich darüber in den überregionalen, regionalen und lokalen Medien ihres Landes. Sie beschäftigen sich mit den Stellungnahmen politischer Parteien zu nationalen, regionalen und lokalen Fragen und diskutieren diese Themen meist in ihrem persönlichen Umfeld.

Kurz gesagt handelt es sich bei der „öffentlichen Sphäre“, in der sich politisches Leben in Europa abspielt, weitgehend um eine nationale Sphäre. Dies geht so weit, dass europäische

Themen, wenn sie überhaupt aufgegriffen werden, von den meisten Bürgern aus einem nationalen Blickwinkel gesehen werden. Die Medien beschränken sich – teils aufgrund von Sprachbarrieren – weitgehend auf die nationale Ebene. Es gibt wenige Möglichkeiten für Europäer aus verschiedenen Mitgliedstaaten, sich über Themen von gemeinsamem Interesse auszutauschen.

Allerdings werden viele politische Entscheidungen, die sich auf das tägliche Leben der EU-Bevölkerung auswirken, auf europäischer Ebene getroffen. Die Menschen können sich keine Vorstellung von diesen Entscheidungen, dem Entscheidungsprozess und den EU-Institutionen machen. Gegenüber Brüssel herrscht ein Gefühl der Entfremdung, das teilweise die allgemeine Politikverdrossenheit widerspiegelt. Ein Grund dafür ist, dass keine entsprechende „europäische öffentliche Sphäre“ geschaffen wurde, in der eine europapolitische Diskussion entstehen kann. Obwohl die Bürger das Recht haben, die Mitglieder des Europäischen Parlaments zu wählen, sind sie häufig der Ansicht, dass sie selbst kaum Gelegenheit haben, sich zu europäischen Themen Gehör zu verschaffen. Zudem gibt es kein sichtbares Forum, in dem sie diese Fragen diskutieren können. Eine gesamteuropäische politische Kultur mit europaweiten politischen Zusammenschlüssen und Grundlagen hat sich noch nicht in vollem Umfang herausgebildet.

Europa muss auch seinen Platz in der „öffentlichen Sphäre“ finden, die auf nationaler, regionaler bzw. lokaler Ebene besteht. Die Diskussion über die Grenzen von Mitgliedstaaten hinweg muss intensiviert werden. Hier sind zuallererst die Behörden in den Mitgliedstaaten gefordert. Den Regierungen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene obliegt es, die Bürger zur Politik – auch zur europäischen Politik und deren Auswirkungen auf ihr tägliches Leben – zu konsultieren und sie darüber zu informieren sowie Foren zur Belebung dieser Diskussionen zu schaffen.

Ferner ist es eindeutig vorteilhaft, die europäische Dimension in die nationale Diskussion einzubringen. Die Bürger spüren, dass einer nationalen Diskussion etwas fehlt, in der für sie direkt relevante Aspekte der Politik ausgeklammert sind. Eine stärkere Beachtung der europäischen Dimension im nationalen politischen Diskurs kann nur dessen Glaubwürdigkeit stärken und lässt keineswegs ein Konkurrenzverhältnis entstehen.

Daher müssen die nationalen Behörden, die Zivilgesellschaft und die Institutionen der Europäischen Union gemeinsam darum bemüht sein, Europas Platz in der öffentlichen Sphäre zu festigen.

TEIL II

DIE DINGE VORANBRINGEN

Eine Agenda für künftige Maßnahmen

Die Kommission hat fünf Bereiche ermittelt, in denen Maßnahmen mit den anderen EU-Institutionen, den Mitgliedstaaten und der Zivilgesellschaft partnerschaftlich durchgeführt werden sollen. Diese Auswahl ist aber nicht ein für alle Mal festgelegt: Im Zuge des gesellschaftlichen und technologischen Wandels werden weitere Bereiche hinzukommen.

Im Rahmen des Konsultationsprozesses werden für jeden der fünf Bereiche mögliche Maßnahmen zur Diskussion gestellt.

1. GEMEINSAME GRUNDSÄTZE FESTLEGEN

Das **Recht auf Information und das Recht auf freie Meinungsäußerung** sind für die Demokratie in Europa von zentraler Bedeutung. Diese Grundsätze wurden in den EU-Vertrag und in die Europäische Charta der Grundrechte⁴ aufgenommen. Sie müssen den Ausgangspunkt eines Prozesses darstellen, der darauf abzielt, gemeinsame Grundsätze festzulegen und zu einem Konsens über die Gestaltung einer EU-Kommunikationspolitik zu gelangen.

Andere wichtige Grundsätze spielen ebenfalls eine zentrale Rolle für die Kommunikation:

- **Einbeziehung.** Alle Bürger sollten sich in ihrer Sprache über Angelegenheiten von öffentlichem Interesse informieren können. Informationen sollten daher über verschiedenste Kanäle – u. a. die Massenmedien und neue Technologien wie das Internet – allgemein verfügbar gemacht werden. Dies bedeutet auch, dass Menschen aus allen Gesellschaftsschichten in sämtlichen EU-Ländern dabei unterstützt werden sollten, die nötigen Fertigkeiten zu erwerben, um diese Informationen zu beschaffen und zu nutzen. Insbesondere trifft dies für Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und sonstige Gruppen zu, die systematisch von der Beteiligung an der öffentlichen Sphäre ausgeschlossen sein könnten.
- **Vielfalt.** Die Bürger Europas leben unter ganz unterschiedlichen sozialen und kulturellen Rahmenbedingungen und vertreten die verschiedensten politischen Ansichten. Die EU-Kommunikationspolitik muss die Meinungsvielfalt in der öffentlichen Debatte in ihrer gesamten Bandbreite respektieren.
- **Teilnahme.** Bürger sollten ein Recht darauf haben, ihre Ansichten zu äußern und gehört zu werden, sowie die Möglichkeit erhalten, in einen Dialog mit den Entscheidungsträgern zu treten. Dieser Grundsatz ist auf EU-Ebene von besonderer Bedeutung, da überdies die Gefahr einer großen Distanz zwischen den Institutionen und den Bürgern besteht.

Gemeinsame Grundsätze festlegen: Wie kommen wir voran?

Die gemeinsamen Grundsätze und Standards, die für die Informations- und Kommunikationsarbeit zu europäischen Themen maßgeblich sein sollen, könnten in einem Rahmendokument – zum Beispiel einer *Europäischen Charta* oder einem *Europäischen Verhaltenskodex zur Kommunikation* – festgeschrieben werden. Dadurch sollten alle Beteiligten (EU-Institutionen, nationale, regionale und lokale Regierungen, Nichtregierungsorganisationen) sich dazu verpflichten, diese Grundsätze einzuhalten und für eine EU-Kommunikationspolitik im Interesse der Bürger zu sorgen. Diese Verpflichtung würde auf freiwilliger Basis eingegangen werden.

⁴ Artikel 11 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union lautet:

- (1) Jede Person hat das Recht auf freie Meinungsäußerung. Dieses Recht schließt die Meinungsfreiheit und die Freiheit ein, Informationen und Ideen ohne behördliche Eingriffe und ohne Rücksicht auf Staatsgrenzen zu empfangen und weiterzugeben.
- (2) Die Freiheit der Medien und ihre Pluralität werden geachtet.

Die Kommission wird ein eigenes *webgestütztes Bürgerforum* einrichten, um damit Meinungen zu Zweckmäßigkeit, Ziel und Inhalt eines solchen Rahmendokuments einzuholen. Zusätzlich zu dieser für sechs Monate anberaumten Konsultation werden Treffen mit Akteuren im Bereich der Kommunikation stattfinden. Ferner werden öffentliche Diskussionen veranstaltet, und die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, den Diskussions- und Konsultationsprozess im eigenen Land zu fördern. Die Webseite wird regelmäßig mit Informationen über die Entwicklungen auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene aktualisiert.

Nach Ablauf der Konsultationsphase wird die Kommission die Ergebnisse der Konsultation vorlegen und dann erwägen, ob eine Charta, ein Verhaltenskodex oder ein anderes Instrument vorgeschlagen werden soll.

2. DIE ROLLE DER BÜRGER STÄRKEN

Jede erfolgreiche EU-Kommunikationspolitik muss die Bedürfnisse der Bürger in den Mittelpunkt stellen. Sie sollte vor allem gewährleisten, dass Instrumente und Strukturen in Form von Diskussionsforen und Kanälen der öffentlichen Kommunikation bereit stehen, die möglichst vielen Menschen Informationen zugänglich machen und ihnen ermöglichen, ihren Anliegen Gehör zu verschaffen.

Mit künftigen Aktivitäten in diesem Bereich könnten **drei Hauptziele** verfolgt werden:

- **Die politische Bildung verbessern.** Politische Bildung, die in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fällt, ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass die Menschen ihre politischen und bürgerlichen Rechte ausüben und in der öffentlichen Sphäre tätig werden können. Politische Bildung sollte nicht darauf beschränkt bleiben, Schülern Wissen über die Institutionen und die Politik der EU zu vermitteln. Sie sollte Menschen aller Altersstufen dazu befähigen, Instrumente wie das Internet zu nutzen, um sich über die Politik zu informieren und sich daran beteiligen zu können. Insbesondere trifft dies für Minderheiten, Menschen mit Behinderungen und sonstige Gruppen zu, die aus der öffentlichen Sphäre ausgeschlossen sein könnten.

EU-Programme können direkt dazu beitragen, die europäische Dimension zu stärken. Programme wie Leonardo da Vinci, Sokrates, Erasmus und Jugend in Aktion bieten tausenden jungen Menschen in ganz Europa Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Informationstechnologie-Programme zielen darauf ab, die digitale Kluft zu verringern und Ausgrenzung zu bekämpfen.

- **Die Bürger miteinander in Kontakt bringen.** Neue Foren für die öffentliche Diskussion europäischer Themen spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, gegenseitiges Vertrauen aufzubauen, Respekt für einander aufzubringen und Bereitschaft zu zeigen, sich für gemeinsame Ziele einzusetzen. Die Kommunikationstechnologien sind zwar wichtig, persönlichen Begegnungen kommt aber nach wie vor entscheidende Bedeutung zu. Durch bestehende Initiativen (u. a. *Plan D*, *Jugend in Aktion* und *Kultur*) wurde deutlich gemacht, wie die EU dabei mithelfen kann, neue Foren für eine Bürgerdebatte ins Leben zu rufen.

- Die Annahme des Programms *Bürger/innen für Europa* würde eine neue Möglichkeit eröffnen, *Bürgerkontakte zu fördern* und den Menschen mehr Mitsprache im Rahmen des europäischen Regierens einzuräumen. Mit dem Programm sollen auch europaweit tätige Organisationen der Zivilgesellschaft dabei unterstützt werden, länderübergreifende Projekte zur Förderung einer aktiven Unionsbürgerschaft sowie Diskussionsveranstaltungen zu Eurothemen durchzuführen.

Mehrere bestehende bzw. geplante EU-Programme könnten ebenfalls stärker dafür genutzt werden, Kontakte zwischen den europäischen Bürgern und eine Mobilisierung der Menschen zu fördern. Die Kommission könnte im Zuge einer Bestandsaufnahme des derzeitigen Instrumentariums vorbildliche Verfahren aufzeigen und verbreiten. Beispielsweise könnten wertvolle Anregungen aus den positiven Erfahrungen der Erasmus-Studenten gewonnen werden. Im Laufe der Jahre haben sie von sich aus ein Netzwerk von 150 000 Studierenden aus allen Mitgliedstaaten aufgebaut. Ihre Webseiten fungieren als Schnittstelle, über die Aktivitäten angekündigt, persönliche Treffen organisiert und weit reichende Diskussionen zu europäischen Themen initiiert werden.

- **Kontakte zwischen den Bürgern und öffentlichen Einrichtungen fördern.** In einer gesunden Demokratie ist eine funktionierende interaktive Kommunikation zwischen Bürgern und öffentlichen Einrichtungen von wesentlicher Bedeutung. Die derzeitigen Bemühungen, die EU-Institutionen **serviceorientierter, offener und zugänglicher** zu gestalten, müssen weiter intensiviert werden. Dies gilt gleichermaßen für nationale, regionale und lokale Einrichtungen. Bei der Überbrückung der Kluft zwischen Europa und seinen Bürgern geht es darum, ausgehend von der lokalen bis hin zur europäischen Ebene Beziehungen zwischen den Bürgern und den Behörden aufzubauen und zu pflegen.

Die EU-Institutionen bemühen sich intensiv um Fortschritte in diesem Bereich. Das Europäische Parlament hat Transparenz zum Leitmotiv erhoben, und der Europäische Rat von Sevilla hat beschlossen, dass Ratstagungen öffentlich ablaufen, wenn EU-Rechtsvorschriften in Mitentscheidung mit dem Europäischen Parlament erlassen werden. In dem 2005 vorgelegten *Aktionsplan für eine bessere Kommunikationsarbeit der Kommission zu Europa*⁵ wird unterstrichen, wie wichtig es ist, **den Bürgern zuzuhören**. Ferner wird darin ausgeführt, welche Maßnahmen die Kommission diesbezüglich plant, um „für Ordnung im eigenen Haus zu sorgen“. Die Kommission hat bereits wesentliche Fortschritte hinsichtlich der Konsultationen zu wichtigen politischen Initiativen erzielt und **Mindeststandards für Konsultationen** eingeführt. Ferner hat sie auch ihre eigene Europäische Transparenzinitiative⁶ auf den Weg gebracht. Ferner wird erneut verstärktes Augenmerk auf die Umsetzung des Rechts der Bürger gelegt, mit den Institutionen in ihrer eigenen Sprache zu kommunizieren. Die Mehrsprachigkeit ist integraler Bestandteil der Legitimität, der Transparenz und der demokratischen Ausprägung des europäischen Projekts.

⁵ Aktionsplan: SEK(2005) 985 endg., 20. Juli 2005.

⁶ Europäische Transparenzinitiative, SEC(2005) 1300/6 vom 9. November 2005.

Wie kann der Bürger erreicht werden?

- Die Verantwortung für politische Bildung liegt bei den nationalen oder regionalen Behörden. Die EU kann aber den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Entwicklung gemeinsamer Unterrichtsmaterialien unterstützen, so dass die europäische Dimension verstärkt Berücksichtigung findet. Die Mitgliedstaaten könnten aufgerufen werden zu prüfen, wie in diesem Bereich tätige europäische Lehrer beispielsweise im Rahmen eines Netzwerkes, eines speziellen Programms innerhalb bestehender Strukturen (wie dem Europa-Kolleg) oder durch eine neue Struktur am besten miteinander in Kontakt gebracht werden können, um sich über innovative Ansätze auf dem Gebiet der politischen Bildung auszutauschen und sich neue Kompetenzen anzueignen.
- Im Rahmen eines weiteren wichtigen Projekts könnten die Mitgliedstaaten Bibliotheken zu *digital vernetzten europäischen Büchereien* umgestalten. Diese würden als Informations- und Lernzentren dienen und gewährleisten, dass alle Bürger kostenlosen Zugang zu Informationstechnologien und relevanten Informationen erhalten.
- Die Mitgliedstaaten könnten sich gemeinsam darum bemühen, neue Foren der Begegnung für Europäer aller Altersstufen und unterschiedlichster Herkunft zu schaffen und kulturelle und politische Veranstaltungen zu Europa auszurichten.
- Die Institutionen und Einrichtungen der EU könnten gemeinsam ihre Besucherprogramme koordinieren, verbessern und ausweiten.
- Die EU-Institutionen sollten die Möglichkeiten prüfen, EU-Webseiten durch Online-Foren („virtuelle Treffpunkte“) mit Links zu externen Informationsquellen zu ergänzen.
- Die EU-Institutionen müssen ihre Bemühungen fortsetzen, die Kontakte mit den Bürgern zu verbessern. Die für die Kommission gültigen *Mindeststandards für Konsultationen* könnten überprüft werden, um eine ausgewogenere Vertretung von Interessensgruppen sowie ein angemesseneres Follow-up zu gewährleisten.
- Die drei großen Institutionen könnten ebenfalls erwägen, als Ergänzung zu den Parlamentsdebatten gemeinsame offene Diskussion zu veranstalten und dabei auf Fragen von Vertretern der Öffentlichkeit oder von Journalisten einzugehen.

3. MIT DEN MEDIEN ZUSAMMENARBEITEN UND NEUE TECHNOLOGIEN NUTZEN

Den Medien kommt im Rahmen jeder europäischen Kommunikationspolitik eine Schlüsselrolle zu.

In den vergangenen Jahren haben sich alle europäischen Institutionen intensiv um eine bessere Medienarbeit bemüht. In verstärktem Maße wird daran gearbeitet, dass die Medien, die mit mehr als tausend akkreditierten Journalisten in Brüssel vertreten sind, über wichtige Entscheidungen in Echtzeit informiert werden. Über *Europe by Satellite* stellen die drei größten EU-Institutionen Videos sowie Ton- und Bildmaterial für die Medien zur Verfügung. Das Europäische Parlament plant, sich der Öffentlichkeit über Web-TV zu präsentieren. „Europa“ ist weltweit das größte Webportal.

Trotz dieser Bemühungen und der Fachkompetenz der in Brüssel tätigen Korrespondenten *berichten die Medien über europäische Themen nach wie vor nur wenig* und bruchstückhaft. Zwar gehen die überregionalen Zeitungen auf regelmäßig stattfindende Spitzentreffen wie die Tagungen des Europäischen Rates ein, in der übrigen Zeit gibt es jedoch keine umfassende EU-Berichterstattung. Regionale und lokale Zeitungen haben einen großen Leserkreis, widmen europäischen Themen in der Regel allerdings nur wenig Raum. Da Fernsehen und Hörfunk ihre Programmkonzepte geändert haben, werden politische Themen und europäische Fragen immer schneller abgehandelt, und Sendezeit im Fernsehen ist zunehmend umkämpft.

Durch die Informationsrevolution wurde der Zugang zu Informationen in einer beispiellosen Weise vereinfacht und das Zeitalter der „interaktiven“ Medien eingeleitet. Noch nie zuvor konnten so viele Menschen problemlos miteinander in Kontakt treten und sich an den unterschiedlichsten Netzwerken beteiligen. Doch es bleibt noch viel zu tun, um die Informationstechnologie in vollem Umfang zur Überbrückung der Informationskluft zu nutzen.

Schwerpunktmäßig sollten folgende Ziele verfolgt werden:

- **Europa ein menschliches Gesicht geben.** Der Eindruck, dass die Europäische Union kein Gesicht hat, ist weit verbreitet. Der EU mangelt es an einer klaren öffentlichen Identität. Die Bürger brauchen Unterstützung bei der „Kontaktaufnahme“ mit Europa. Politische Informationen sind wirkungsvoller, wenn sie einen persönlichen Bezug haben, so dass die Bürger die Bedeutung für ihr eigenes Leben erkennen können. Die EU-Institutionen und Behörden auf allen Ebenen können bei ihrer Informationsarbeit verstärkt für eine „menschliche Dimension“ Sorge tragen.
- **Die nationale, regionale und lokale Dimension berücksichtigen.** Die Bürger in Europa müssen kontinuierlich Zugang zu Informationen von gemeinsamem Interesse haben, um die europäische Dimension allgemein relevanter Themen erkennen zu können. Hier kommt gesamteuropäischen Medien und der Fachpresse eine wichtige Rolle zu. Doch europäische Fragen müssen auch vor dem Hintergrund der nationalen und lokalen Rahmenbedingungen erörtert werden. Dies könnte zum Teil durch ein stärkeres Engagement der nationalen und lokalen Politiker und Gremien gewährleistet werden, doch auch die EU-Institutionen müssen sich aktiver einbringen, nicht zuletzt um einen lokalen Bezug zur EU-Politik herzustellen.

- **Neue Technologien nutzen.** Digitale Technologien wie das Internet können neue Kanäle für die Kommunikation über europäische Themen eröffnen, neuen Foren für Debatten mit der Zivilgesellschaft Raum bieten und neue Instrumente für die Ausübung von Demokratie über die Grenzen hinweg zur Verfügung stellen. Jedoch bedarf es politischer Führungskraft, um das volle Potenzial des Internets für Europa zu erschließen und zu gewährleisten, dass es nicht zu neuen Spaltungen in der Gesellschaft kommt. Mit der Initiative *i2010* wird bereits versucht, die Kluft zu überbrücken, die zwischen jenen besteht, die an der Informationsgesellschaft teilhaben, und jenen, die keinen Zugang dazu haben. Dabei geht es um Fragen wie Gleichberechtigung, IKT-Fertigkeiten und die Ungleichheiten, die in Bezug auf den Zugang zum Internet zwischen den einzelnen europäischen Regionen bestehen.

Wie können die Medien effizienter in die Kommunikation über Europa einbezogen werden?

- Im Rahmen einer **europäischen Kommunikationspolitik** sollten die Behörden auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene zu Folgendem ermuntert werden:
 - Bereitstellung von hochwertigen Informationen und aktuellem Nachrichtenmaterial für die Medien;
 - Vertiefung der Zusammenarbeit mit Rundfunkanstalten und Medienunternehmen;
 - Herstellung neuer Kontakte zu regionalen und lokalen Kommunikationssystemen;
 - proaktiver Einsatz neuer Technologien.
- Die **EU-Institutionen sollten über bessere Kommunikationsinstrumente und -kapazitäten verfügen.** Diesbezüglich bieten sich die beiden folgenden Möglichkeiten an:
 - Ausbau von *Europe by Satellite* mit dem vorrangigen Ziel, hochwertige audiovisuelle Inhalte anzubieten, die von den Medien problemlos verarbeitet werden können und für die Bürger relevant sind, sowie Prüfung der Frage, ob die Schaffung eines nach entsprechenden fachlichen Standards arbeitenden interinstitutionellen Dienstes wünschenswert ist;
 - Ausarbeitung eines Europäischen Fortbildungsprogramms für öffentliche Kommunikation, um Bedienstete der europäischen Institutionen und der nationalen Behörden in den Bereichen Kommunikation und Medientechnologien zu schulen.
- Die **EU-Institutionen sollten mit einem breiten Kreis von Medienvertretern** prüfen, wie die Medien (auf gesamteuropäischer, nationaler und lokaler Ebene) besser mit für sie relevantem Material versorgt werden können, das inhaltlich an die Bedürfnisse der einzelnen Länder und Bevölkerungsgruppen angepasst werden kann.
- Über die bestehenden Initiativen zur **Überbrückung der digitalen Kluft** hinaus könnte ein *Europäischer Runder Tisch für Demokratie* – wie in „Plan D“ angeregt – damit beauftragt werden, einen Bericht über Informationstechnologien und Demokratie in Europa zu erstellen.

4. EIN KLARES BILD VON DER ÖFFENTLICHEN MEINUNG IN EUROPA GEWINNEN

In modernen demokratischen Gesellschaften messen politische Entscheidungsträger der Analyse der öffentlichen Meinung durch Umfragen und Medienbeobachtung große Bedeutung bei. Diese Instrumente werden umso wichtiger, je mehr die Bürger dazu neigen, sich von den traditionellen Formen politischer Beteiligung (Parteimitgliedschaft, Beteiligung an Wahlen usw.) abzuwenden.

Die öffentliche Meinung in Europa ist komplex und vielschichtig; sie spiegelt unterschiedliche nationale Sichtweisen wider. Daher stellt es eine besondere Herausforderung dar, ein klares Bild von der öffentlichen Meinung in Europa zu gewinnen.

Die Europäische Kommission ist führend bei der Entwicklung moderner Instrumente zur Analyse der öffentlichen Meinung in Europa; dazu gehören beispielsweise die Eurobarometer-Umfragen:

- Eurobarometer hat sich zu einer wichtigen europäischen Datenbank entwickelt. Bei regelmäßigen Erhebungen werden in allen EU-Mitgliedstaaten und Kandidatenländern jedes Mal tausende von Bürgern befragt. Alle Umfrageergebnisse werden einer unabhängigen Kontrolle unterworfen und sowohl der Öffentlichkeit als auch Fachkreisen zur Verfügung gestellt.
- Zu europäischen Themen werden immer neue unabhängige sozialwissenschaftliche Forschungen durchgeführt, die mit EU-Forschungsgeldern gefördert werden; seit 1994 wurden mehr als 350 länderübergreifende Projekte auf den Weg gebracht. Dank unabhängiger Analyse-Instrumente konnten so umfassende Erkenntnisse über die Erfolge und Unzulänglichkeiten der Interaktion zwischen den politischen Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene und den Bürgern gewonnen werden.
- An einer Verbesserung der Qualität und Relevanz der Eurobarometer-Umfragen wird laufend gearbeitet. Derzeit wird die Methodik überprüft, um dem wachsenden Bedürfnis nach einem umfassenderen und eingehenderen Verständnis der Meinungstrends in Europa Rechnung zu tragen.

Wie kann die öffentliche Meinung in Europa noch besser eingeschätzt werden?

Die EU-Institutionen könnten bei der Konzipierung und Planung von *Eurobarometer-Umfragen* und bei der Verbreitung der Ergebnisse enger zusammenarbeiten. Jede neue Eurobarometer-Umfrage könnte Gelegenheit zu öffentlichen Debatten zwischen den EU-Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft bieten. Ein erster Schritt in diese Richtung wären mehrere Spezial-Eurobarometer-Umfragen und qualitative Studien zur EU-Kommunikation im Frühjahr 2006.

Damit Meinungstrends zu Fragen, die für die Zukunft Europas von entscheidender Bedeutung sind, besser antizipiert und eingeschätzt werden können, ließen sich neue Formen der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten prüfen. Dafür bieten sich die folgenden beiden Möglichkeiten an:

- Es könnte ein neues *Netzwerk nationaler Sachverständiger* im Bereich der Meinungsforschung aufgebaut werden, um den Austausch vorbildlicher Verfahren und die Erschließung von Synergien zwischen Forschern auf allen Ebenen zu fördern.

- Die EU-Institutionen und die Mitgliedstaaten könnten vorhandene Ressourcen bündeln, um ein unabhängiges *Europäisches Meinungsforschungsinstitut* einzurichten, das Meinungstrends ermitteln und umfassend analysieren soll.

5. DIE AUFGABE GEMEINSAM ANGEHEN

Eine funktionierende europäische „öffentliche Sphäre“ kann nicht einfach von Brüssel vorgegeben werden. Sie kann sich nur dann herausbilden, wenn sie von allen wichtigen Akteuren mitgetragen und auf allen Ebenen vorangetrieben wird. Die nationale Ebene bietet nach wie vor den besten Zugang zu politischen Debatten. Die Regierungen der Mitgliedstaaten und andere nationale Akteure müssen durch die Nutzung nationaler Kanäle für eine solide europapolitische Debatte sorgen.

Im Rahmen eines partnerschaftlichen Konzepts müssen alle wichtigen Akteure einbezogen werden:

- Die *Mitgliedstaaten* sind zu einer langfristigen Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen aufgerufen, die darauf abzielt, die Menschen über Europa zu informieren und nationale Kontakte mit Brüssel aufzubauen. Obwohl einige Mitgliedstaaten die öffentliche Debatte – etwa über die vorgeschlagene EU-Verfassung – aktiv unterstützt haben, könnte noch viel mehr getan werden⁷.
- Durch einen verstärkten Einsatz sollte sichergestellt werden, dass die *EU-Institutionen* gemeinsam an einer Verbesserung der Kommunikation arbeiten. Die an der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ beteiligten Organe und Einrichtungen der EU sollten die Dezentralisierung der EU-Kommunikation – durch Kontakte auf lokaler Ebene – unterstützen und die Mitgliedstaaten ermutigen, die Bürger aktiver als bisher über EU-Themen zu informieren.
- Die Politik und Programme der EU werden vielfach auf *regionaler und lokaler Ebene* umgesetzt. Die lokalen und regionalen Behörden haben daher gute Voraussetzungen, um in

⁷ Möglicherweise nach dem Vorbild des „Irish National Forum on EU matters“.

einen Dialog mit den Bürgern zu treten und die Menschen vor Ort aktiv in EU-Themen einzubinden. Beispiele für erfolgreiche Partnerschaften gibt es bereits. So arbeiten die Kommission und die schottische Regierung an einem konkreten Projekt, um durch mehrere Initiativen zur Förderung der Interaktion zwischen Bürgern und Institutionen „Entscheidungen den Menschen näher zu bringen“.

- Die **politischen Parteien** üben einen wichtigen Einfluss auf die Meinung aus, die sich in der Öffentlichkeit zu EU-Themen herausbildet. Auch sie spielen eine wichtige Rolle dabei, die Debatte anzuregen und ihren Beitrag zur europäischen „öffentlichen Sphäre“ zu leisten.
- Den **Organisationen der Zivilgesellschaft** (einschließlich Berufs- und Branchenverbänden) kommt ebenfalls eine Schlüsselrolle zu, wenn es darum geht, die Öffentlichkeit für europäische Themen und politische Debatten zu sensibilisieren und die Menschen dazu zu bewegen, aktiv an diesen Debatten teilzunehmen.

Wie wird die Partnerschaft funktionieren?

- Die **Zusammenarbeit zwischen nationaler und europäischer Ebene** könnte neue Initiativen auf nationaler Ebene umfassen: öffentliche und parlamentarische Debatten über die jährlichen strategischen Prioritäten der Kommission; persönliche Gespräche zwischen nationalen Ministern und Mitgliedern der Europäischen Kommission, die in den Mitgliedstaaten im Rundfunk übertragen werden usw.

Ein deutliches Schwergewicht könnte dabei auf Bereiche gelegt werden, in denen die EU und die Mitgliedstaaten bereits parallel tätig sind. Die Instrumente der Zusammenarbeit könnten **finanzieller Art** sein (etwa *Verwaltungspartnerschaften* nach dem Muster der zwischen der Kommission und den deutschen Behörden geschlossenen Vereinbarung) oder aber **operativer Natur** (Zusammenarbeit mit europäischen Netzen und Informationsstellen wie dem neuen Europe *Direct*-Netzwerk).

- Neue, strukturierte Formen der Zusammenarbeit zwischen den mit der öffentlichen Kommunikation befassten nationalen Behörden sollten eingeführt werden, damit Erfahrungen über europapolitische Kommunikation ausgetauscht und gemeinsame Initiativen entwickelt werden können.
- Nach neuen Formen einer engeren Zusammenarbeit muss insbesondere im Bereich der Außenbeziehungen gesucht werden. Die Kommunikation über die Rolle der EU in der Welt ist ein wirksames Mittel, um das Engagement der Bürger in Europa zu gewinnen und in der übrigen Welt mehr Unterstützung und Verständnis für die EU zu erhalten. Mehrere Modelle für eine Intensivierung der Zusammenarbeit in diesem Bereich könnten geprüft werden, unter anderem auch die Verstärkung der Kapazitäten im diplomatischen Bereich.
- Die **EU-Institutionen** sollten einen koordinierteren Ansatz verfolgen, der stärker auf die Bürger ausgerichtet ist. Vor allem die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und dem **Europäischen Parlament** könnte ausgeweitet werden. Zudem könnten die derzeitigen Arbeitsvereinbarungen im Rahmen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ (IGI)

überarbeitet werden. Dies würde auch eine Überprüfung der Initiativen beinhalten, die derzeit aus den PRINCE-Haushaltslinien finanziert werden⁸.

- Der **Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss** und der **Ausschuss der Regionen** fördern bereits auf regionaler und lokaler Ebene Debatten mit der Zivilgesellschaft zu europapolitischen Themen. Die vor kurzem zwischen der Kommission und diesen Ausschüssen geschlossenen Kooperationsprotokolle ebnen den Weg für eine Intensivierung der gemeinsamen Bemühungen in diesem Bereich.
- Die **politischen Parteien** könnten ihre Mitglieder stärker in die europapolitische Arbeit einbinden und die Debatte durch länderübergreifende Diskussionsforen beleben. Sie sollten dazu ermutigt werden, europapolitische Komponenten in ihre Parteiprogramme einzubeziehen.
- Den **Organisationen der Zivilgesellschaft** kommt in der Debatte über Europa eine wichtige Rolle zu. Ihre Position könnte durch gezielte Kooperationsprojekte im Bereich der öffentlichen Kommunikation gestärkt werden.

6. SCHLUSSFOLGERUNG

Die Europäische Union ist ein gemeinsames Projekt, das von staatlichen Stellen auf allen Ebenen, von unterschiedlichsten Organisationen und von Menschen aus allen Gesellschaftsschichten mitgetragen wird. Die Bürger haben ein Recht darauf, über Europa und seine konkreten Projekte informiert zu werden, ihre Ansichten zu Europa zu äußern und gehört zu werden. Die Herausforderung im Bereich der Kommunikation besteht darin, diesen Austausch sowie den Lernprozess und den Dialog zu erleichtern.

Damit Europa dieser Aufgabe gerecht werden kann, müssen sich alle beteiligten Akteure auf gemeinsame Ziele und ein gemeinsames Instrumentarium an Maßnahmen verständigen. Es geht darum, innovative Wege der Zusammenarbeit zu beschreiten.

In diesem Weißbuch wird dargelegt, worin die Herausforderung besteht und wie sie bewältigt werden könnte. Jetzt sind die europäischen Institutionen, die Mitgliedstaaten, die lokalen und regionalen Regierungen, die Nichtregierungsorganisationen, die Bürger und sonstigen Beteiligten in Europa aufgerufen, ihre Ansichten dazu zu äußern, wie Kontakte und Kommunikation optimal gestaltet werden können.

⁸ PRINCE wurde 1995 eingerichtet, um aus dem EU-Haushalt finanzierte Maßnahmen zu prioritären Informationsthemen zusammenzufassen. Im Jahr 2006 gehören dazu die fünf folgenden Themen: Wirtschafts- und Währungsunion; Zukunft Europas; Justiz, Freiheit und Sicherheit; Rolle der EU in der Welt; Erweiterung.

